

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

über das informelle Treffen der EU-Verbraucherschutzminister:innen am 23.
September 2022 in Prag

Wien, Oktober 2022

Bericht über das informelle Treffen der EU-Verbraucherschutzminister:innen am 23. September 2022 in Prag

Einleitung

Die tschechische Ratspräsidentschaft organisierte am 23.9.2022 ein informelles Treffen der für Konsument:innenschutz zuständigen Minister:innen. Damit setzt sie die Reihe informeller Treffen fort, die im März 2019 mit einem High Level-Treffen in Paris begonnen wurde. Diese sind insofern von Bedeutung, als es keine formellen Ratstagungen der für Konsument:innenschutz zuständigen Minister:innen auf EU Ebene gibt. Rechtsakte aus diesem Bereich werden meist in den Ratsformationen „Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Justiz“ behandelt. Minister Rauch ist der erste Minister für Konsument:innenschutz aus Österreich, der an einem solchen informellen Treffen teilgenommen hat.

Die informellen Minister:innentreffen stellen ein Forum für den Austausch zu aktuellen konsumentenpolitischen Herausforderungen dar. Als Themen standen in Prag insb. die Durchsetzung von Rechten von Verbraucher:innen und die Herausforderungen für die Konsumentenpolitik durch den Krieg in der Ukraine auf der Tagesordnung. Aufgrund der aktuellen Thematik und des Umstandes, dass es sich um das erste Treffen unter Beteiligung eines österreichischen Verbraucherschutzministers handelt, wird dem Parlament darüber Bericht erstattet.

Durchsetzung von Verbraucherrechten

Die Rechtsdurchsetzung im digitalen Zeitalter stellt die nationalen Verbraucherbehörden und -organisationen vor enorme Herausforderungen. Zur Diskussion stand daher die mögliche Adaptierung zweier EU-Rechtsakte – der Richtlinie zur alternativen Streitbeilegung und der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung.

Die Teilnehmer:innen waren sich einig, dass die Rechtsgrundlagen zur Durchsetzung der Verbraucherrechte zeitgemäße Antworten auf die ständig wandelbaren Herausforderungen im digitalen Umfeld finden müssen. Hier ergeben sich insbesondere durch Unternehmen außerhalb der EU neue Problemstellungen für die Rechtsdurchsetzung, weshalb es wichtig ist, die Zusammenarbeit mit Drittländern zu verstärken. Die Möglichkeiten der alternativen Streitbeilegung müssen überdies sichtbarer

gemacht werden und sollen bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten, vor allem im Onlinebereich, stärker zum Einsatz kommen.

Die EU-Kommission kündigte für 2023 die Vorlage eines Regelungspakets mit Vorschlägen zur gezielten Änderung der europäischen Rechtsgrundlagen an.

Herausforderungen für die Konsument:innenpolitik durch den Krieg in der Ukraine

Der tschechische Ratsvorsitz und die Europäische Kommission machten außerdem neben der oben erörterten Rechtsdurchsetzung die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine zum Thema. Es fand ein Meinungsaustausch der Minister:innen zu den Erfahrungen im Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen des Kriegs für europäische Konsument:innen statt. Des Weiteren wurden die Minister:innen um einen Erfahrungsaustausch zur Unterstützung ukrainischer Vertriebener in ihren Mitgliedstaaten ersucht.

Die anwesenden Minister:innen betonten den Ernst der humanitären Lage der Menschen in der Ukraine und der derzeitigen Wirtschaftslage, vor allem angesichts der steigenden Energiepreise und der hohen Inflation. Es folgte ein Austausch über Unterstützungsprogramme in den Mitgliedstaaten, insbesondere auch im Hinblick auf besondere vulnerable Gruppen von Verbraucher:innen. Die Maßnahmen reichen von der Deckelung der Strom- und Gaspreise über steuerliche Maßnahmen bis hin zu gezielten finanziellen Unterstützungsleistungen. Betont wurde die Bedeutung einer EU-weiten, gesamteuropäischen Lösung und Solidarität. Ziel müsse es sein, im Sinne der Versorgungssicherheit leistbare Energie für Verbraucher:innen zu sichern. Daher brauche es gemeinsame Anstrengungen, um den europäischen Energie-Markt wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die EU-Kommission stellte geplante Verbraucherschutz-Maßnahmen für in die EU geflüchtete Ukrainer:innen vor. Darin gehe es insbesondere darum, Sprachenprobleme abzudecken und gängige Rechtsfragen in ukrainischer und russischer Sprache abrufbar zu machen. Die Kommission werde mit dem europäischen Verbraucherschutzverband BEUC einen Vertrag zur Unterstützung der Flüchtlinge abschließen. Spezielle Verbraucherinformationen im Onlinekauf werden hier im Vordergrund stehen. Es folgte eine Darstellung der beeindruckenden Hilfsaktionen der angrenzenden Mitgliedstaaten, allen voran Polen und Estland.

